

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Regierung Koch verschärft massiv ihre Politik des sozialen Kahlschlags im Bildungsbe-
reich. Die politische Verantwortung für eine verfehlte Finanzpolitik und die chronische Un-
terfinanzierung des Bildungswesens wird immer mehr auf die Bildungseinrichtungen und
die Beschäftigten abgewälzt. Schulen und Hochschulen werden betriebswirtschaftlich de-
formiert. Die Arbeitsbedingungen werden zunehmend dereguliert, Bildungsqualität abge-
baut. Eine Teilhabe an Bildungsangeboten wird immer mehr vom eigenen oder vom Geld-
beutel der Eltern abhängig gemacht.

Nachdem erst vor zwei Jahren von der CDU so genannte Langzeitstudiengebühren
durchgesetzt wurden, plant Wissenschaftsminister Corts jetzt die **Einführung von allge-
meinen Studiengebühren**. Das Recht auf Bildung wird zunehmend beschnitten. Gerade
Jugendliche aus sozial- und bildungsbenachteiligten Gruppen sollen noch weiter vom Stu-
dium abgehalten werden.

Beim Etikettenschwindel ‚**Unterrichtsgarantie +**‘ verspricht Kultusministerin Wolff den
Eltern, dass keine Unterrichtsstunde mehr ausfällt. Schulen werden unter Druck gesetzt.
Mit durchschnittlich weniger als 5,90 € pro ausfallender Unterrichtsstunde können sie ‚au-
tonom‘ entscheiden, wie sie die Vertretung von Fachunterricht sichern. Als ‚Lösung‘ wird
die massive Rekrutierung nicht entsprechend ausgebildeten Personals in Verbindung mit
der rechtswidrigen Anordnung von regelmäßiger Mehrarbeit der Lehrerinnen und Lehrer
angeboten. Schulleitungen und Kollegien sollen im Rahmen ihrer betriebswirtschaftlichen
Autonomie dazu gezwungen werden, unmittelbar an Dequalifizierung und Deprofessional-
isierung von Unterrichtsarbeit und der weiteren Erhöhung der eigenen Arbeitsbelastung
mitzuwirken.

Soweit dieser unsozialen Politik demokratische Beteiligungsrechte im Wege stehen, än-
dert die – von knapp 30,8% der Wahlberechtigten gewählte – CDU-Ein-Stimmen-Mehrheit
im Landtag keineswegs ihre Politik, sondern betreibt den noch weiteren **Abbau demokr-
tischer Rechte**. Ein deutliches Zeichen dafür, was sie unter demokratischer Macht ver-
stehen und wie unredlich das Gerede von Autonomie ist.

Wir wollen weder ,Unterrichtsgarantie +‘ noch Studiengebühren!

Am 29. Juni soll im bildungspolitischen Ausschuss des Landtags das Gesetz zum
Abbau unserer demokratischen Beteiligungsrechte beraten werden. Es ist an der
Zeit, dass wir ein deutliches Zeichen gegen diese unsoziale, undemokratische und
bildungsfeindliche Politik der Regierung Koch setzen. Deshalb rufe ich Euch zur
Teilnahme an unserer zentralen Demonstration am Mittwoch, den 28. Juni 2006 in
Wiesbaden auf.

Wir fordern:

- **Gebührenfreien Zugang zu den öffentlichen Bildungsangeboten**
- **Professionell geregelten Vertretungsunterricht durch Umwandlung
von Pflichtstunden in Bereitschaftsstunden und entsprechende
Neueinstellungen**
- **Ein demokratisches Bildungswesen**



Jochen Nagel
Landesvorsitzender